

# Der Sozialdemokrat

**Erscheint**  
wöchentlich einmal  
in  
**Zürich (Schweiz).**  
Verlag  
der  
**Volksbuchhandlung**  
Göttingen-Zürich.  
**Postsendungen**  
franko gegen franks  
Gemeinnützige Briefe  
nach der Schweiz kosten  
Doppelporto.

**Abonnements**  
werden bei allen Schweizerischen  
Postämtern, sowie beim Verlag  
und dessen bekannten Agenten  
entgegengenommen, und zwar zum  
**voraus zahlbaren**  
Wertejahrespreises von  
Fr. 2 — für die Schweiz (Reichsbank)  
Fr. 3 — für Deutschland (Gulden)  
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gulden)  
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des  
Weltverkehrs (Reichsbank).

**Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.**

**Nr. 35.**

**Donnerstag, 28. August.**

**1884.**

**Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“**

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, beginnend mit dem 1. August und die dortigen  
Verhältnisse sich alle Jahre ändern, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns  
und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzugeben, so ist die kürzeste Postzeit in der Postzeit nachweislich  
auf keine Weise möglich zu machen. Die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt  
der Sendungen zu künden, und letztere dadurch zu künden, dass unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche  
Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber daß  
auch uns möglichst unverzüglich Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fällen empfiehlt sich behufs größerer  
Sicherheit Kommandirung. Soweit es uns liegt, werden wir gemäß der Nähe nach Berlin streben, um trotz aller entgegen-  
stehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

## Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

### Schwindel und kein Ende!

Unter Anführung ihres Generalfeldmarschalls Bismarck sind  
die sozialen Kurpfuscher wieder mit allem Eifer an der lärmenden  
Arbeit. „Kolonialpolitik“ heißt das neueste Wundermittel, für  
das gewaltig in die Reklamierkompete gestochen wird und für das  
jetzt die deutsche Reichsregierung in die „Aktion“ einzutreten  
beginnt.

Die Wundermittel unterscheiden sich von gewöhnlichen Heil-  
mitteln dadurch, daß sie, nach der Behauptung ihrer Entdecker  
oder Empfehler, sämtliche Krankheiten der Erde kurieren. Und  
so soll denn auch dieses neueste soziale Wundermittel sämtliche  
Uebel, an denen die Gesellschaft krankt, mit Stumpf und Stiel  
aus der Welt schaffen.

Betrachten wir zunächst nur die zwei Hauptkrankheiten der  
Gegenwart — nach Auffassung der sozialen Kurpfuscher —: die  
Ueberschuldung und die Ueberproduktion.

Wohlan, der Ueberschuldung wird am gründlichsten abgeholfen,  
indem man die überschüssige Schuldveränderung aus dem  
Lande schafft; und der Ueberproduktion wird am besten ab-  
geholfen, indem man die überschüssigen Waaren aus  
dem Lande schafft.

Das ist klar. Und wohin?  
In die Kolonien! antwortet triumphierend der Mann des  
Kolonial-Wundertrankes.

Auf den ersten Blick hat die Sache etwas sehr Bestehendes.  
Warum soll in auswärtigen, noch unbewohnten oder dünn be-  
wohnten Landstrichen nicht Platz für unseren Ueberfluß an  
Menschen und an Waaren sein? Und so gibt es denn auch gar  
Manchen, der auf den Kolonial-Leim geht.

Bei genauerer Betrachtung sieht das Ding allerdings ganz  
anders aus.

Ueberschuldung und Ueberproduktion sind freilich vorhanden  
— vorausgesetzt, daß die mit beiden Worten verbundenen Be-  
griffe richtig aufgefaßt werden — sie sind jedoch nicht selbst  
soziale Krankheiten, sondern nur Symptome der sozialen Krank-  
heit. Die Ueberschuldung und die Ueberproduktion bestehen nicht  
darin, daß absolut zu viel Menschen und Waaren vorhanden  
sind, sondern darin, daß mehr Menschen und Waaren vorhanden  
sind, als unter den heutigen Produktionsbeding-  
ungen gebraucht werden.

Bei vernünftig geregelter Produktion und gerechter, gleichmäßi-  
ger Verteilung des Arbeitsertrages würde Deutschland, gleich  
den übrigen Kulturländern, eine weit größere Bevölkerungszahl  
ernähren können und weit mehr Waaren gebrauchen — das weiß  
Jedermann, der mit der Materie sich auch nur einigermaßen  
beschäftigt hat.

Die relativ der Begriff der Ueberschuldung ist, zeigt am  
klarsten das, schon wiederholt von uns angezogene Beispiel  
Irlands, das heute über 2 Millionen Menschen weniger ernährt  
als vor 1848 und trotzdem „überdülert“ ist. Und daß neun  
Zehntel unserer Mitbürger trotz der sogenannten Ueberpro-  
duktion keine ordentliche Nahrung, keine ordentlichen Klei-  
der, keine ordentliche Wohnung haben, das weiß Jeder, der  
Augen hat, zu sehen, und Ohren, zu hören.

Die Uebel, an denen die Gesellschaft krankt, beruhen in dem  
Wesen der kapitalistischen Produktion, welche ohne Rücksicht auf  
den Bedürfnis der Massen des Volkes — das arbeitende  
Volk — nur den Monopolisten der Arbeitsinstrumente  
ausbeutet. In den sogenannten Nationalreichthum, d. h. den  
Ertrag der Sammentarbeit des Volkes, in wenigen Taschen kon-  
zentriert, und die Volksmasse, gerade das arbeitende und  
durch seine Arbeit den Reichthum erzeugende Volk, zur hoffnungs-  
losen Armut verurtheilt ist.

Der soziale Reformator, der die gründliche Heilung der  
sozialen Krankheit will, packt das Uebel an der Wurzel und  
geht der kapitalistischen Produktion zu Leibe.

Der soziale Kurpfuscher, der die Ursache der Krankheit  
erhalten will, betrachtet nur die Symptome und schlägt  
demgemäß nur ganz ungeeignete Heilmittel vor, die in der Regel  
zweierlei beweisen:

- 1) daß er selber von der Krankheit nichts versteht, die heilen  
zu wollen und zu können er verspricht; und
  - 2) daß er das Publikum für entsehlid dumm hält.
- Weil es trifft bei diesem neuesten Kurzwunder in ausgedehntem  
Maße zu. Wenn man liest, was in der Regierungs-  
und der aus dem Reptilienfonds mit Bismarck'scher Regierungsweisheit  
gespeisten Presse über Kolonialpolitik geschrieben wird, dann ist  
man wirklich im Zweifel, soll man sich mehr wundern über die  
kolossale Unwissenheit der Skribenten und ihrer Patrone, oder

über die kolossale Unverschämtheit, mit welcher dem Publikum  
solcher Blödsinn verabsolgt wird.

Hätten wir Kolonien, die jedes Jahr ein paar Millionen  
Menschen aus dem Mutterland aufnehmen könnten, die „Ueber-  
dülterung“ würde ebenso fortbauern wie in Irland? Was nützt  
es, einem Wassersüchtigen Wasser abzapfen? Es ist bloß eine  
momentane Erleichterung, und sofort bildet sich neues Wasser,  
und der Kranke muß sterben, wenn nicht eine organische  
Heilung, d. h. die Beseitigung der Krankheitsursachen  
gelingt.

Genau so mit der Ueberschuldung.  
Und nun gar erst diese afrikanischen Südwüsten, in denen  
Europäer vorerst kaum leben können oder höchstens als Halb-  
wilde!\*)

Man begreift in der That kaum die Summe von Frechheit,  
welche dazu gehört, dem deutschen Volk Derartiges zu bieten.  
Wieviel Menschen können denn dort vegetieren?

Und wie viel Waaren sollen denn von den Regern konsumiert  
werden, die ja so gut wie keine Kleider haben und von Kultur-  
bedürfnissen frei sind?

Schwindel und kein Ende! Sm.

## Die Bedeutung der Reichstagswahlen.

Genosse G. Löwenstein aus Färth, welcher seit dem Bestehen  
unserer Partei in ihren ersten Reihen kämpft, hat jüngst anlässlich seines  
Aufenthaltes in Amerika in New York einen Vortrag gehalten,  
in welchem er unter Anderem auch die Bedeutung des Wählens über-  
haupt und die der nächsten Wahlen insbesondere behandelte. In gleicher  
Weise frei von der Ueberschuldung wie von der Unterschuldung des  
Wählens hat er kurz und treffend die wesentlichen Momente, die bei  
den Reichstagswahlen in Frage kommen, zusammengefaßt.

„Die Beseitigung an den Reichstagswahlen“, sagte Genosse Löwen-  
stein, „hat für die sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands,  
nach den zur Zeit dort bestehenden Verhältnissen, zunächst einen agita-  
torischen Zweck. Daß dieser Zweck ganz und voll erfüllt wurde, dafür  
bürgt die Breite und Tiefe, welche die sozialistische Bewegung in Deutsch-  
land, trotz des Ausnahmegesetzes, durch die ausdauernde Theilnahme an  
den Reichstagswahlen erreicht hat.“

Ich registriere nur eine Thatsache, wenn ich hervorhebe, daß in keinem  
Land der Welt die Sozialisten eine so kompakte, zielbewusste, einfluss-  
reiche und Ansehen genießende, achtungswürdige Partei bilden, als zur Zeit in  
Deutschland.

Nicht nur die Sozialisten aller Orte weisen mit Stolz und hoher  
Befriedigung auf den Kampf hin, welchen die sozialdemokratische Ar-  
beiterpartei Deutschlands mit der ganzen reaktionären Masse, einem mit  
allen Rechtsmitteln ausgerüsteten, vor keinem Gewaltakt zurückschreckenden  
Polizeiregiment aufgenommen hat; mit unerschütterlicher Ueberzeugungstreue,  
Zähigkeit, Opferwilligkeit und ungeborenen Muthes fortgesetzt,  
sondern auch unsere Gegner müssen mit der Thatsache rechnen, daß das  
ganze Vorgehen der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Deutschlands auch  
in weiteren Kreisen Beachtung und Achtung gefunden hat.

Obgleich alle politischen Parteien Deutschlands mehr oder weniger  
Gegner der sozialdemokratischen Arbeiterpartei sind, diese Gegner be-  
kanntlich sich auch keineswegs der saubersten Mittel zur Niederdrückung  
und Diskreditirung der sozialistischen Ideen, zur Verhinderung einer  
strammen Organisation der Partei bedienen; jedes Rechtsgesetz und  
humanitären Gedankens hat ein niederträchtiges Ausnahmegesetz schaffen  
helfen und ausrecht erhalten, obgleich die Regierung durch allezeit willige  
Polizeiorgane dieses schmähliche Ausnahmegesetz in der brutalsten und  
abgefeimtesten Weise zur Anwendung bringt; obgleich die agitatorisch  
thätigen Mitglieder und Anhänger der Partei auf alle erdenkliche Weise  
verfolgt, gemahregelt und ihrer Freiheit und Existenz beraubt werden,  
so hat dies Alles nur dazu beigetragen, daß unsere Genossen mit uns so  
größerer Ausdauer und Zähigkeit den Kampf mit allen Wütheln der  
Gesellschaft und der Regierung fortsetzen, die Organisation der Partei  
vollendet und befestigt wurde.“

Der Redner fährt dann aus, wie alle anderen Parteien in letzter  
Zeit mehr oder weniger zersetzt und von ihrer Basis abgedrängt wurden,  
die Nationalliberalen wie die Konservativen, „Deutsch-Freisinnige wie  
Zentrum, insofern die Sozialdemokratie unerschütterlich und völlig intakt ge-  
blieben ist.“

„Es kann daher wohl behauptet werden“, fuhr Genosse Löwenstein  
fort, „daß die Theilnahme an den Reichstagswahlen und die principien-  
treue und energische Art der Ausföhrung den agitatorischen Zweck: die  
Ausbreitung und Befestigung der Parteioorganisation, vollständig er-  
füllt hat.“

Wenn aber eingewendet werden sollte, daß der revolutionäre Cha-  
rakter der sozialistischen Bewegung darunter gelitten habe und noch leide,  
alle erhofften und etwa auch erreichten Reformen ihrer ganzen Natur  
nach immer verhältnismäßig unvollständig sein werden, im Gegentheil  
dadurch die Erreichung des Hauptzieles nur um so länger hinausgeschoben  
wird, so kann ich eine solche Anschauung nach der ganzen Sachlage nicht  
für zutreffend erachten.

Wir Alle sind gewiß darüber einig, daß unser Programm nur dann  
erfüllt, der sozialistische Staat nur dann als erreicht zu betrachten ist,  
wenn die kapitalistische Produktionsweise in eine genossenschaftliche ver-  
wandelt, die Arbeitswerkzeuge an Grund und Boden und der Industrie  
gemeinschaftliches Eigenthum des arbeitenden Volkes geworden, nicht nur  
auf dem Papier, sondern in der That gleiche Rechte und gleicher Antheil  
an dem allgemeinen Wohlstand allen Dingen gemäherheit werden müssen,  
die gewillt sind, die gleichen Pflichten gegen Alle zu erfüllen.

Es wird auch kaum eine Meinungsdivergenz unter uns darüber ob-  
walten, daß die derzeitigen Nachhaber, Diejenigen, die zur Zeit allein  
den Vortheil und Gewinn von der bisherigen Gesellschaftsordnung haben,  
einer neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung, und zwar in der neuen  
und in der alten Welt, in der Republik sowohl wie in der Monarchie,

sich nicht freiwillig unterwerfen, sondern mit allen ihnen zu Gebote  
stehenden Nachmitteln dagegen kämpfen, kurz, unser Ziel nur durch eine  
Revolution erreicht werden kann.

Alle denkenden Arbeiter sollten aber auch darüber klar sein, daß eine  
solche Revolution nicht künstlich gemacht, mit revolutionären Redensarten  
und Phrasen nichts gethan ist; ja wenn zum Beispiel auch durch irgend  
ein zufälliges oder gewaltames Ereigniß unsere Partei an's Ruder der  
Regierung eines Landes käme, ehe ein genügendes Revolutionärheer her-  
gezogen, den Massen dann noch das Bedürfnis, die Ueberzeugungstreue  
und Willensstärke fehlt, die neue Gesellschaftsordnung zu befestigen und  
zu erhalten, der Ausbruch einer solchen verfrühten Revolution für die  
endgiltige Lösung der sozialen Frage mehr Nach- als Vortheile im Ge-  
folge haben würde.

Es war daher eine ganz richtige Taktik der Leiter der sozialistischen  
Bewegung in Deutschland, die ganze sozialistische Agitation mit aller  
Macht auf die Reichstagswahlen zu konzentriren, dadurch bewirkend, daß  
das sozialistische Revolutionärheer gemahregt, herangezogen und heran-  
gebildet wurde. Denn jeder direkte und indirekte Erfolg, und war es  
hier und da auch nur der kleinste, hat die Ausdauer, die Opferwilligkeit  
gefördert, jeder Niederlage ist mit der Hoffnung eines späteren Sieges  
begegnet worden. Nur so war es der sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
möglich, Erfolge, wie sie gehabt, zu erzielen.

Bedenken wir dabei, daß dies Alles unter dem Druck des Ausnahme-  
gesetzes erzielt wurde, allüberall in Deutschland unsere Genossen bei  
irgend welcher öffentlichen Thätigkeit verfolgt, gemahregelt, eingekerkert,  
in ihrer Existenz gefährdet, ja oft derselben gänzlich beraubt wurden,  
so werden Sie, werthe Genossen, mit mir darüber einig sein, daß die  
sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands unsere Anerkennung und  
Achtung im vollsten Maße verdient.

Die bevorstehenden Reichstagswahlen sind aber von noch höherer  
Bedeutung als die vorhergehenden.

Bei der nunmehr beendigten letzten Session des deutschen Reichstags  
wurde sowohl von der Regierung als von der Reichstagsmajorität der  
letzte krampfhaftige Versuch gemacht, auf sogenannten gesetzlichen Wege  
das Ausnahmegesetz gegen die Sozialisten aufrecht zu erhalten. Die  
nächsten Wahlen werden den Sozialisten, der genannten Arbeiterpartei,  
sowie überhaupt allen Denjenigen, welche sich noch einen Funken von  
Freiheits- und Schamgefühl für das Brandmal, welches das niederträch-  
tige Ausnahmegesetz auf die Stirne des Volkes der Denker aufgedrückt  
hat, bewahrt haben, Gelegenheit geben, Abrechnung zu halten mit allen  
Feinden der Arbeitersache, mit allen reaktionären Elementen, mögen  
sie nun in offener oder verdeckter Weise der Sozialdemokratie entgegen-  
treten.

Allen Anscheins nach werden auch eine ganze Anzahl Reichstags-  
mitglieder, die in ebenso heuchlerischer als perfider Weise den Schein  
der Freisinnigkeit bewahren wollten und dennoch für die Verlängerung  
des Sozialistengesetzes gestimmt haben, sowie solche, die indirekt zu  
diesem Resultat mitgewirkt haben, nicht mehr gewählt werden; in jedem  
Fall wird diesmal Klarheit in die Situation kommen, gleichviel ob in  
Folge der unausbleiblichen Niederlage der Reaktion die Regierung zu  
einem Einlenken von dem bisherigen Wege gezwungen wird oder zu  
noch größeren und stärkeren Gewaltmaßregeln, als schon bisher geübt,  
greifen wird.

Unsere Genossen sind auf alle Fälle gerüstet und deren bisherige  
Haltung bürgt dafür, daß dieselben unter allen Umständen an ihren  
Prinzipien, an dem gesteckten Ziel festhalten und mit allen Mitteln da-  
für kämpfen werden.“

So Genosse Löwenstein, und wir sind überzeugt, daß die Ereigni-  
nisse ihn nicht tägen strafen werden.

## Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 28. August 1884.

— Zu den Wahlen. Die Genossen dürfen ja nicht versäumen,  
bei der bevorstehenden Wahlkampagne außer auf die bekannten gesetz-  
lichen Bestimmungen zum Schutze der Wahlfreiheit, auch auf die beiden  
Beschlüsse des Reichstags aufmerksam zu machen, durch welche  
das Verbot sozialdemokratischer Wahlversammlungen für  
ungefährlich erklärt und aufgehoben wird, daß Stimmgelbe keine  
Schritten zc. im Sinne des Sozialistengesetzes sind, deren Verbreitung  
(Ausstragen) irgend Jemand polizeilich verboten werden kann. — Unsere  
Ausführungen gegen die Vielkandidaturen sind hier und da so  
verstanden worden, als befürworteten wir unter allen Umständen  
Lokal-kandidaturen. Was wir befürwortet haben und befür-  
worten, ist, daß jeder Wahlkreis seinen eignen, besondern Kan-  
didaten habe, und daß von der Auffstellung eines Kandidaten, der be-  
reits für andere Wahlkreise die Kandidatur ab-  
genommen hat, abzusehen sei. Wahlkreise, die noch keine festen  
Kandidaten haben, werden, wenn sie nur wollen, unter den Parteigenossen  
geeignete Persönlichkeiten finden. Daß der Kandidat gerade im Wahl-  
kreis wohnen müsse, haben wir nie als Forderung aufgestellt —  
das wäre ja eine lächerliche Beschränkung und Beschränkung.

— Die deutschen Kolonieschwärmer sind ganz außer sich  
vor Wonne über die durch Herrn Dr. Nachtigal, den deutschen General-  
konsul für Afrika, erfolgte „Entfaltung der deutschen  
Flagge“ in der nördlich von der Kongomündung gelegenen Land-  
schaft Kamerun und dem Gebiet des Vinzinsuffes. Natürlich ge-  
schah dies in Folge eines Besuches der Häuptlinge der dortigen  
Regenstämme, die förmlich vor Begierde brennen, Unterthanen des  
deutschen Kaiserreichs sein zu dürfen.

Diese Freude ist begreiflich von Seiten Derjenigen, welche Anhänger  
der bestehenden, auf Ausbeutung und Ueberschuldung beruhenden Ge-  
sellschaft sind. Denn die schönen Gegenden, die in so glorreicher Weise  
dem deutschen Reich angegliedert worden sind, haben nur als Handels-  
und Ausbeutungskolonien einen Zweck. Was sie sonst werth sind, dar-  
über vergleiche man die nachfolgenden Stellen aus einem Vortrage,  
den ein deutscher Afrikareisender, Freiherr von Danelmann, jüngst  
in der Westdeutschen Gesellschaft für Kolonisation und Export — also  
vor einem der Sache zugethanen Publikum — gehalten.

Nach ihm ist die westafrikanische Küste vom dritten bis vierten Grad  
nördlicher Breite ab ein des tröstliches Gebiet, dessen Bewohner durch die  
Unregelmäßigkeit der jährlichen Regenmengen Hungernöthen und Krank-  
heiten aller Art ausgefetzt sind.“

\*) Vergleiche unsere Rundschau-Ratig: „Die deutschen Kolonial-  
schwärmer.“  
\*\*) Wir zitieren nach der „New Yorker Volkszeitung“.

„Bei der jetzt in Deutschland so überaus lebhaften Erörterung der Kolonialfrage heißt es weiter, ist bereits wiederholt direkt die Ansicht geäußert worden, daß, wenn Innerafrika erst diejenige weiße Bevölkerung aufgenommen habe, die es ernähren könne, es auch großen Massen unserer heimischen Produkte Abzug gewähren werde. Meine Herren, ich glaube nicht genug vor einer derartigen Ansicht warnen zu können. Von europäischen Ackerbaukolonien in den Tropen, speziell in Westafrika reden zu wollen, muß entschieden als eine ganz abenteuerliche Idee bezeichnet werden. Kein Europäer kann in den Tropen, auf die Dauer der Sonne ausgefetzt, harte körperliche Arbeit, wie sie namentlich der Ackerbau verlangt, verrichten; er kann wohl sie und da mit juregenen und die Arbeit beanspruchenden, aber mehr auch nicht. Es müßte der Versuch, Bauern und Landarbeiter durch Vorpiegelungen in diese Gebiete zu locken, geradezu auf das Energiichste öffentlich bekämpft und gebrandmarkt werden. Man sollte meinen, die traurigen Resultate der verschiedenen Kolonisationsversuche im tropischen Brasilien und in Zentralamerika ständen noch deutlich genug als warnendes Beispiel da.“

Das ist, dachten wir, deutlich genug gesprochen, um die pomphaften Verklärungen, welche jetzt in der Kolonialfrage seitens der freiwilligen und bezahlten Bismarck-Angehänger vorgebracht werden, auf ihren wirklichen Werth zurückzuführen. Bei all den Kolonien, die heute in Frage kommen können, handelt es sich im Wesentlichen um die Interessen einiger großen Handelsstädter und deren Anzettelten — eine Handels-Art, die gegenüber der Gesamtheit der Bevölkerung gar nicht in's Gewicht fällt. Und wenn man uns fragt, ob es uns denn ganz gleichgültig sei, ob der Mensch, den solche Kolonien machen, in deutsche oder ausländische Hände falle, so antworten wir ohne Weiteres mit ja dem ersten Kostet der Gewinn, den da eine Handvoll Deutscher machen, dem deutschen Volk als Ausgaben für Flotte, Militarismus, Diplomatie, das Johnstone und Hundertsache, und zweitens ist die Art, in welcher dieser Gewinn gemacht wird, eine unsern Grundfragen so direkt in's Gesicht schlagende, daß wir uns zu Fehlern machen würden, wenn wir etwa aus „Patriotismus“ so nicht vermehren würden. Wo der gebildete Europäer heutzutage in jenen Gegenden seinen Fuß hinsetzt, da wächst in Wirklichkeit kein Gras mehr, — der Weg des Trägers der höheren Zivilisation geht über Blut und Leiden. Man höre den oben erwähnten Redenden weiter:

„Die Küstengebiete des südwestlichen Afrika sind ein Hungerland, dessen Nahrungsmittel in Jahren der Dürre nicht genügen, der einheimischen bedürftigen Bevölkerung das Leben zu fristen. Das höher gelegene Innere ist geländereich und an natürlichen Nahrungsmitteln reich, aber für eine ackerbau-treibende weiße Bevölkerung schwerlich geeignet. Zudem erweist sich daselbst von Tag zu Tag als dichter bevölkert, als man bisher annahm, und diese Bevölkerungsdichtigkeit wird immer weiter zunehmen, da durch den mehr und mehr eingeschränkten Sklavenhandel die Degeneration der Bewohner aufführt. Da nun aber die Regierung eine äußerst widerstandsfähige ist, so darf (!) nicht erwartet werden, daß es vielleicht so leicht sein wird, die schwarze Rasse zu verdrängen, wie dies in Kambasita und der Südküste mit den Indianern und Südärsulanern der Fall gewesen ist. Weder jenes abscheuliche Gift, das als Gummi und ein von Europa nach Afrika importiert wird, noch die Krankheiten aller Art, welche die Gefolgschaft der Weißen zu bilden pflegen, sind im Stande, die schwarze Rasse zu verdrängen, oder derselben nur einen nennenswerten Abbruch zu thun.“

Diese ist zwischen den Heilen deutlich ausgesprochen, worauf die Hoffnung beim heutigen Kolonialsystem beruht: nicht auf Zivilisation der Schwarzen durch die Weißen, sondern auf Verdrängung, wo nicht Ausschrottung der Schwarzen durch die Weißen. Und diese Verdrängung resp. Ausschrottung der Schwarzen durch die Weißen geht nicht etwa vor sich als Folge eines quasi naturgemäßen Kampfes um's Dasein zwischen der weißen und schwarzen Rasse, nicht „der Roth“ gehören die meisten Eroberer, sondern lediglich „dem eigenen Trieb“ — der Profitgier. Die Eroberung des schwarzen Erdtheils, die Unterjochung oder Ausschrottung der Schwarzen geht vor sich „im Namen der höheren Zivilisation“. Dieses Wort ist zur Flagge geworden, die jede Niedertrachtigkeit decken muß. Wenn es im Namen der „höheren Zivilisation“ geschieht, so ist jede Grausamkeit, jede Inhumanität gerechtfertigt. Im Interesse der höheren Zivilisation wurden Hunderttausende von „Wilden“ hingejagt, Länder verödet, großartige Kulturen zerstört, — mit einem Wort, was dem Jesuiten die „Glorie Gottes“, ist dem aufgestellten Bourgeois die „höhere Zivilisation“. Unsere tieferen tugendhaften Landeskulturen, die nicht laut genug ihren Abscheu vor der That Stellmacher's an den Tag legen können, heißen noch schmerzhaftere Greuelthaten gut, wenn sie in Afrika gegen Reges verübt werden. Dann entschuldigst die gute Sache Alles. Aber auch Stellmacher handelte, nach seiner Ansicht, für eine gute Sache, auch er vertrat ihnen gegenüber die „Interessen einer höheren Zivilisation“. Das mögen sich die Herren Pharisäer hinter die Ohren schreiben.

— Die Spartheorie als soziales Rettungsmittel ist zwar wissenschaftlich längst widerlegt, findet aber immer noch viel Anhänger, und die „Erfolge der Spartassen“ bilden ein lebendes Thema in der bürgerlichen Presse. Die Zahlen, welche da vorgeführt werden, haben auch wirklich auf den ersten Blick etwas Verblüffendes; bemerkt sich doch die Zahl der Spartassen-Einleger gewöhnlich nach Hunderttausenden, die der Einlagen nach Millionen. Wie sollte da noch ein Zweifel an der vortrefflichen Mission der Spartassen, die sich heute in allen Formen dem Volk präsentiren, möglich sein? Die Spartassen zeigen ja deutlich, wie viel Eigenthum die arbeitenden Klassen in der kapitalistischen Gesellschaft zurücklegen im Stande sind.

Welcher Werth aber diesen Zahlen beizulegen ist, zeigt eine Zusammenstellung aus dem englischen Verbrauch über die Spartassen aus dem Jahre 1876. Nach demselben belief sich:

Die Zahl der Einleger.	Ödte der Einlagen.	Besammlungsne der Einlagen.
258,062	unter 1 Pfd. Stg.	63,749
190,162	zwischen 1—5 Pfd. Stg.	477,773
116,948	" 5—10 "	824,178
76,971	" 50—75 "	4,687,254
41,682	" 75—100 "	3,617,281
31,380	" 100—125 "	3,486,293
19,649	" 125—150 "	2,689,790
85,378	" 150—200 "	6,147,787

Die Zahlen für die Einlagen zwischen 10 und 50 Pfund sind hier fortgelassen, die Gesamtzahl der Einleger beträgt 1,118,902, die Gesamtsumme aller eingeleigten Beträge Pfd. Stg. 31,454,698, was im Durchschnitt ca. Pfd. Stg. 30 (= Mk. 600) per Kopf ergäbe. Thatsächlich aber entfallen davon auf die drei ersten Kategorien zusammen 560,172, d. h. über die Hälfte aller Einleger, im Ganzen Pfd. Stg. 1,295,700 d. h. noch nicht der zwanzigste Theil des Gesamtsummenbetrages, während die fünf letzten Kategorien, der Zahl nach der fünfte Theil der Einleger, aber nahezu zwei Drittel des Gesamtsummenbetrages verfügt. Woran setzt sich nun diese „glückliche Kinderheit“ zusammen?

„Man kann wohl mit Recht annehmen“, schreibt die „Londoner Justice“, der wir obige Zahlen entnehmen, „daß kein gewöhnlicher Arbeiter mehr als 10 Pfd. Stg. (200 Mk.) in Spartassen legen hat; von denen aber, welche höhere Beträge ihr Eigen nennen, dürfte ein großer Theil der Mittelklasse (Bourgeoisie) angehören, namentlich die Rinderzüchter. In erheblichen Bausparnissen ist es durchaus gebräuchlich, daß die Familienmitglieder Spartassenbücher anlegen.“ Das dürfte auch für Deutschland zutreffen, wo man ja förmlich dafür schwärmt, den Kindern schon im zartensten Alter kapitalistische Besinnungen beizubringen. Leider liegt uns ein ähnlicher Bericht, wie der für England, aus Deutschland nicht vor, aber die dem Rusterland des Kapitalismus — zugleich das Rusterland aller sozialen Kurpfuscher — entnommenen Zahlen sind ja typisch für alle diesen Vorbild nachahmenden Länder.

560,172 Personen, jebe im Besitz eines „Vermögens“ von 2 Pfd. Stg. 5 Sch. (45 Mk.) — und zwar in England, wo die Kaufkraft des Geldes bekanntlich eine weit geringere ist als auf dem Kontinent — ist das nicht ein herrlicher Erfolg, ein glänzender Beweis für die Wirksamkeit des Spartassens gegenüber allen Uebeln des modernen Kapitalismus? Was wollen solchen Kapitalien gegenüber Kleinigkeiten wie Arbeitstriften von Jahre langer Dauer belagen!

— Bourgeoisismoral. In einer Stelle im „Kapital“ (im gerade heute sehr lesenswerthen Kapitel „Genesis des industriellen Kapi-

talisten“) zitiert Marx folgenden Ausspruch J. F. Dunning's: „Kapital“, sagt der „Quarterly Reviewer“, „flieht Tumult und Streit und ist ängstlicher Natur. Das ist sehr wahr, aber doch nicht die ganze Wahrheit. Das Kapital hat einen horror (Abcheu) vor Abwesenheit von Profit, aber sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital läh. 10 Prozent sicher, und man kann es überall anwenden: 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent kämpft es alle menschlichen Geleze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existirt kein Verbrechen, das es nicht riskirt, selbst die Gefahr des Galgens. Wenn Tumult und Streit Profit bringen, so wird es sie beide entzogen (ernüthigen).“

Man lese die kapitalistische Presse in England, in Frankreich, in Deutschland — überall wird man diesen Satz in eklatanter Weise bewahrheiten finden. In Deutschland sind die kapitalistischen Blätter so kriegerisch, daß sogar die „Norddeutsche“, deren Herr und Beherrscher sich auf gewagte Unternehmungen nicht einlassen kann, sie zur Mäßigung warnten müßte; die englische Kapitalistenpresse drängt zur Aktion in Ägypten, und wie in Frankreich die bonnetten, kapitalistisch gesinnten Republikaner in dieser Beziehung denken, das manifestiren sie gerade jetzt wieder durch ihre Behandlung der chinesischen Frage. Wie hier, wo der Profit, und einzig und allein der Profit der treibende Faktor ist, das Kapital „alle menschlichen Geleze“ unter seine Füße stampft, zeigt ein Artikel des sehr achtbaren Herrn John Lemoine in dem sehr achtbaren „Journal des Debats“ über die Frage des Krieges mit China. Es ist bezeichnend einer der ersten Grundsätze des Konstitutionalismus, daß über Krieg und Frieden nicht die Exekutivgewalt, sondern die Gesetzgebung entscheiden soll, und dieser treffliche Grundsatz findet sich selbstverständlich auch in der Verfassung der französischen Republik, wo er sich auf dem Papier sehr schön macht. Jetzt, wo die französische Regierung durch die Beschließung Ju-Zhen's mitten in den Krieg mit China hineingerufen, ist ihr dieser Verfassungssatz natürlich sehr unangenehm, sie könnte in der Kammer sehr unangenehme Dinge über den an den Haaren herbeigelegenen casus belli zu hören bekommen, und deshalb legt sie sich mit Eleganz über ihn hinweg, unter dem Jubel derselben Deute, die sonst nicht streng genug sind an den Buchstaben der Verfassung zu klammern pflegen. So schreibt der genannte Herr Lemoine:

„Wieder haben die Ereignisse das Wort. Nach unserer Ansicht thut man besser, es ihnen zu lassen als den Kammerern, und wir sehen nicht ein, warum diese einberufen werden sollten. Erstlich erlauben wir uns die Bemerkung, daß der Artikel der Verfassung, welchen man anruft, ganz widersinnig ist und unsinnig wäre, wenn man ihn für etwas anderes, als für eine Fiktion (auf deutsch: Einbildung, Vorpiegelung, die Red.) halten möchte. Die vollstreckende Gewalt stellt vor Allen die Verantwortlichkeit dar. So liegt man sie in den Ländern auf, welche als Grundtypen des Konstitutionalismus und Parlamentarismus gelten, und ich erinnere mich, Lord Granville gehört zu haben, welcher im Parlament sagte, alle irdischen Garantien, alle Fesseln, alle Einschränkungen können einer Regierung nicht verhindern, den Krieg zu erklären und ihn nöthig zu machen. Art. 9 des Verfassungsgesetzes besagt: „Der Präsident der Republik kann den Krieg nicht ohne die vorgängige Zustimmung beider Kammer erklären.“ Das ist allerdings die Formel; aber wer einigermaßen mit gesundem Menschenverstand ausgestattet ist, muß begreifen, daß es nicht weiter ist, als eine Formel. Eine Kriegserklärung ist eine Zeremonie; wenn sie geschieht, so ist der Krieg schon eine vollendete Thatsache.“

Unschwer kann man sich wohl nicht über einen klar ausgesprochenen Gelezesparagrafen hinwegsetzen. Man erklärt ihn für eine leere Formel, und die Sache ist in Ordnung. Probatur est. Natürlich nur, wenn Gott Kapital dabei interessiert ist, sonst ist es Despotie oder Hochverrath.

Diese Richtsagung der eigenen geschriebenen Geleze ist aber relativ ungeschuldig gegenüber der Richtsagung alles dessen, was man so gern als „Erreugenschaften unserer Kultur“ bezeichnet. Hier vertritt Herr Lemoine die ganze Niedertracht seiner Klasse. Der sehr ehrenwerthe Herr sagte sich vorher, — denn er kennt seine Pappenhelme, — daß es bei der Beschließung Ju-Zhen's nicht ganz so „glatt“ abgehen würde, als es die Regeln der Humanität im Kriege erfordern. Was hat er also? Er verächtigt im Voraus alle Nachrichten darüber, die nicht die Zensur der französischen Regierung passirt, als von der englischen Eiferstadt erfunden.

„Man wird“, schreibt er, während einiger Zeit die angeblichen Informationen aus China nur mit Mißtrauen und viel Vorsicht aufnehmen müssen. Der telegraphische Verkehr wird nicht im Dienste Frankreichs stehen, sondern in mehr oder minder internationalen Händen liegen, welche ihn für private oder öffentliche Interessen ausbeuten werden. Die großen englischen Blätter mögen also nur nicht denken, wir wären geneigt, alle ihre Sensationsnachrichten als Evangelium aufzunehmen. Auch dürfen sie sich nicht einbilden, daß die Erhöhung des Theepreises in England und stark aufragen wird. Sie liegt ihnen freilich am Herzen oder im Magen; es ist ein offenkundiges Unglück, wenn die Verdaulichkeit Großbritanniens gefährdet wird. Schon sehen wir alle Hausfrauen, alle Lehrerinnen und alle Portierweiber Englands ins Sieden gerathen, wie ihre Theekessel. Man wird uns aber gestatten, diesen hässlichen Jammer zu übersehen, und wenn unsere ausgezeichneten Raskarden finden, die Beschließung der chinesischen Häfen ihre ihr Frühstück, dann wollen wir sie fragen, wann sie denn eigentlich die Entschuldigungen für das Bombardement von Alexandria zu zahlen gedenken.“

Ein allertieftest Freibrüder für alle Gemeinheiten, welche die „tapferen“ französischen Overführer an den „Barbaren“ auszuüben pflegen. Und dieser Freibrüder scheint auch sehr am Platze gewesen zu sein, denn die vortrefflichen Nachrichten über die Art, wie Herr Courbet die Beschließung betrieb, sind wahrhaft grauenerregend. Und wenn die französischen Kapitalistenorgane im Bunde mit den deutschen den Engländern das Bombardement von Alexandria vorkämen, so geschieht dies lediglich zum Zweck, die an sich berechtigten Kritik durch die Redensart „Ihr seid nicht besser wie wir“ zum Schweigen zu bringen. Nun ja, die Herren Engländer sind in der That nicht besser, ihre Entrüstung ist nur Heuchelei, denn — tugendhafte Entrüstung da, wo der eigene Selbst nicht betroffen oder gar bedroht ist, und schmerzliches Begehnen da, wo ein Profitchen gemacht werden kann, das ist in allen Ländern die Moral des Kapitalismus.

— Bürgerlich-Demokratisches. Auch der „Frankfurter Beobachter“ ist über die neueste Wendung der Bismarck'schen Politik ganz enttäuscht. Namentlich hat es ihm eine der letzten Hefen der „Kölnischen Zeitung“ gegen England angethan, in der diesem mit einem deutsch-französischen Bündniß droht wird. Begeistert darüber ruft das volksparteiliche Blatt aus:

„Das sind genau die Ansichten, welche wir schon seit Längerem in diesem Blatte vertreten; es gibt zwischen Deutschland und Frankreich kein glatteres Geschäft (sehr gut), als Frankreichs natürlicher Anspruch (!) auf die Herrschaft im Mittelmeer zu verwehren und folgergestalt Englands übermächtige und übermäßige Seeherrschaft gründlich zu vernichten. (!) Denn in dem Augenblick, wo Frankreich sich in den Besitz Ägyptens setzt, ist auch, um mit der „Kölnischen Zeitung“ zu reden, das Signal zu einer planmäßigen Auftheilung des englischen Kolonialreiches gegeben“, und es wird sich bald zeigen, daß der englische Kolos, wie einst (!) der russische, auf thönernen Füßen ruht. Daß Deutschland bei dieser Abwärtung eines von Vielen schon seit lange vorausgesehenen weltgeschichtlichen Prozesses nicht leer ausgeht darf und wird, versteht sich von selbst; es würde ohne allen Zweifel aus seiner von den Engländern so unerschrocken verpöhten Armut zu einem ungeahnten Reichthum emporkommen.

„Um es kurz zu sagen: ein deutsch-französisches Bündniß müßte zum Ziele haben, England auf die Stufe Hollands herabzudrücken, was gar nicht so entsetzlich schwer ist.“

Man weh nicht, was man da mehr bewundern soll, die aberne Politromer oder die schmückige Dagehr, die aus jeder Zeile dieses Ergusses herausfließt. Nicht ein Bündniß zur Abwehr, nein, ein solches zum gemeinsamen Raubzuge bestimmt das erste demokratische Organ. Daß das Gut, nach dem es so lästern ist, selbst geraubtes ist, thut nichts zur Sache, denn — der „ungeahnte Reichthum“ soll den verbündeten Mätern zufallen.

Eine solche Politik kann natürlich nur ein Willkürstaat durchführen; folge dementsprechend den Werth der bürgerlich-demokratischen Deklamationen wider die drückende Militärsklaverei!

— Die Ricker Affaire hat die Dimensionen eines großartigen

Skandals angenommen. Herr Ricker, neben Eugen Richter der thätigste und „streitbarste“ Führer der Freihandelspartei, wurde vor einiger Wochen in einem anonymen, angebliche Brieffragmente enthaltenden, von der „Politischen Wochenchrift“ abgedruckten Schriftstück der ehrenrührigsten Handlungen, dabei des schmähtlichsten Gefinnungsschachers beschuldigt. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, daß er sich durch Handover der gemeinsamen Art, die zum Theil in den Bereich des gemeinen Strafgesetzbuchs fallen, sich in den Besitz der „Danziger Zeitung“ gesetzt und dadurch den Grund zu dem bedeutenden Vermögen gelegt habe, das er seine politische Stellung wesentlich verdankt. Der Name des Herrn Ricker war in dem Schriftstücke nicht genannt, aber die Person war so deutlich gezeichnet, daß ein Nicht-Erkennen und eine Verwechslung ein sehr unmöglich war.

Das nationalliberale „Frankfurter Journal“, welches die Brieffragmente abdruckte, nannte denn auch sofort Herrn Ricker und fügte auf eigener Wissenschaft noch einiges Flunke hinzu.

Einem Moment war die deutsch-freimünne Presse mühschenstill; und Herr Ricker selbst, obgleich ihm das Schriftstück sofort nach dem ersten Abdruck zugesandt worden war, mußte sich über eine Woche lang nicht da endlich kam er, von Frankfurt aus gedrängt, mit einem telegraphischen Dementi, das die Brieffragmente für gefälscht erklärte, jedoch in so geclauder Sprache, daß in jedem einigermaßen kritischen Leser der lebhafteste Argwohn erweckt werden mußte. Das hinderte jedoch die deutsch-freimünne Partei nicht, nun da ihr die Junge gelöst war, mit talosalem Aufwand von fittlicher Entrüstung über das gegen den großen Ricker verübte „Bubenstück“ und dessen Urheber herzufallen. Der Verfasser des Schriftstücks, von der Redaktion der „Politischen Wochenchrift“ zur Rede gestellt, erklärte, die Brieffragmente seien dem Wortkante noch allerdings nicht echt, wohl aber dem Inhalt und Wesen nach, worauf die Redaktion der „Politischen Wochenchrift“ in einer öffentlichen Erklärung für Redaktionen ausdrückte, daß sie Brieffragmente, die ihr vor dem bis dahin als Ehrenmann bekannten Einleger als original überhandt worden seien, zum Abdruck gebracht habe, — die Geschichte des Schriftstücks und den darin aufgestellten Behauptungen erzählte und den Einleger, einen der höheren Gesellschaftsklassen angehörigen, Ricker verwandten Mann, falls er nicht freiwillig hervortrete, trotz des Redaktionsgeheimnisses, das ihn dann nicht mehr bede, zu nennen verpflachte.

Nun wurde es in der deutsch-freimünne Presse wieder ziemlich still, nur forderte sie unerschöpfliche Namensnennung des Uebelthäters. Der Hauptperson, Herr Ricker, verhielt sich während dieser ganzen Zeit vollkommen passiv, was den Verdacht nur vermehren konnte, daß die Sache nicht ganz „loscher“ sein könne.

Und jetzt kommt das Schönste: der Urheber des Schriftstücks und angeblichen „Bubenstücks“ zeigte der Redaktion der „Politischen Wochenchrift“ an, daß er sich privatim mit Herrn Ricker abgefunden habe und daß die Sache nach beiderseitiger Verständigung todgeschwiegen werden solle; und diese Verständigung wurde von Herrn Ricker, der plötzlich die Sprache wieder fand, in öffentlicher Versammlung bestätigt.

Daß hiermit der Verdacht zur Gewissheit werden mußte, liegt auf der Hand. Die Redaktion der „Politischen Wochenchrift“ erklärt dies unverkennlich: die deutsch-freimünne Presse ist verunst und — der Skandal wird todgeschwiegen. Wir glauben, die Redaktion der „Politischen Wochenchrift“ hätte den Urheber des Schriftstücks nennen sollen — das Todschweigen wäre dann wenigstens erspart worden. Soll einem Redaktionsgeheimniß kann nach dem, was vorgefallen, nicht mehr die Rede sein — die Redaktion ist jeder Verpflachtung gegen den Einleger entbunden, und unseres Erachtens, sich selbst und dem Publikum die rücksichtslose Wahrheit schuldig.

— Arbeiter und Aktionäre der Kohlenruben von Anzin. Als im vergangenen Frühjahr die Arbeiter der Kohlenruben von Anzin die Arbeit niederlegten, weil die Verwaltung es verwarf, auf ihre Kosten „Ersparnisse“ durchzuführen, da konnte die kapitalistische Presse nicht genug Worte finden, um die unangünstige finanzielle Situation der armen Aktionäre, denen die Ruben gehören, in den bittersten Farben zu malen. Jetzt hätten einige dieser Blätter im Gegensatz zu den Sammlungen für die Streikenden eine Sammlung für die armen Aktionäre veranstaltet. Der Streik ist jetzt fast langsam zu Ende, die Arbeiter haben ihre Schuldigkeit getan, jetzt kann man es wieder wagen, die Thatsachen zu veröffentlichen. Diese sprechen freilich anders wie jene.

Der offizielle Bericht der Kohlenruben des Departements Du Nord ist kürzlich erschienen. Er war jedenfalls in erster Linie für die Röhre bestimmt. Aber Genosse Guésde hat ihn im „Cri du peuple“ für die Arbeiter niedriger gehalten. Es sind die offiziellen Ziffern, die er bringt, Thatsachen, die in den Augen des Kapitalismus höchst erfreulich sind.

„Die Resultate des Jahres 1883“, sagt der Bericht, „sind eben so zufriedenstellend wie die des Jahres 1882.“

Die Ausbeutung ist nunlich gewachsen.

1883 wurden 3,789,067 Tonnen Kohlen gefördert gegen 3,727,630 im Jahre 1882 und 3,678,702 im Jahre 1881. Und dies, trotzdem die Zahl der Ruben sich von 44 auf 42 verminderte.

Das ist die Gesamtproduktion vermehrt, so auch die Ausbeutung per Arbeiter. Der Arbeiter förderte 1883 durchschnittlich 244 Tonnen 1882 nur 243.

Und dabei stieg der Verkaufspreis von Fr. 11 24 auf 11 26.

Der Abzug der Kohlen stieg um 21,716 Tonnen.

Für die Aktionäre resultirte aus diesen „verreulichen Thatsachen“ ein Profit von 8,500,000 Fr. per Jahr.

Und für die Arbeiter?

Die Produktivität ihrer Arbeit wuchs, im gleichen Verhältnisse (an die Zahl der Beschäftigten: von 20,666 auf 19,890. 1880 waren es noch 20,659.

Die Intensität der Arbeit wuchs, und im gleichen Verhältnisse die Gehälter der Arbeiter. 1882 kam auf 1,482 Arbeiter ein Ueberschuß mit tödtlichem Ausgange, 1883 dagegen bereits auf 1,160.

Zunahme der Profite, Zunahme der Arbeitslosigkeit, Zunahme der Menschenopfer, — das ist die Zunahme des „Volkswohlfandes“!

— Der Belagerungszustand, der weiland über Barmen-Elberfeld verhängt werden sollte, aber zum großen Leidwesen unserer liberalen und konserativen Reaktionäre nicht verhängt worden ist, spuckt wieder in der Presse herum. Es wird da ein wunderbares Geschickliches erzählt, daß die städtischen Behörden, um einen Seiten der Sozialdemokraten für diesen Fall angebotenen allgemeinen Streik, der die Zwillingstädte räumte haben würde, zu verhindern, bei der Regierung um Aufhebung der schon beschlossenen Maßregel petitionirt, und mit ihrer Bitte auch Erfolg gehabt hätten; daß aber die Sache nur aufgeschoben, nicht aufgehoben sei, und daß sogar wahrscheinlich noch zwei andere Städte nach den Wahlen — so lang wolle man warten — mit dem „Kleinen“ besetzt würden. Zunächst ist das wunderbare Geschickliches von der Petition (oder Depuration) der städtischen Behörden ein Ammenmärchen. Zweitens ist es ein Alibi, daß die preussische Regierung, falls sie den „Kleinen“ über Barmen-Elberfeld und noch zwei andere Städte verhängen wolle, damit bis nach den Wahlen warten würde. Der „Kleine“ wird nur zu politischen Reaktionszwecken verhängt und ist speziell für die Wahlbewegung ein beliebtes Reaktions-Quarantänegebäude.

Die ganze Notiz ist nur einer der bekannten Winke mit dem Scheunenthor: unsere liberalen und konserativen Reaktionäre wünschlen die Verhängung des Belagerungsustands über Barmen-Elberfeld und noch verschiedene andere Städte (wobei sie in erster Linie an Breslau und Frankfurt a. M. denken); und da die preussische Regierung den braven Deutschen diesen Gesellen nicht gehen hat, so wird sie einfach an ihre — Unterlassungsübende erinnert. Das der Zweck der fraglichen Jagdgeschichten-Notiz. Wir kennen unsere Pappenhelme.

Aus Sachen. Die jetzt nun völlig zur Partei Bismarck sans phrasen gewordenen Nationalliberalen haben in Sachen darauf verzichtet, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen als selbständige Partei aufzutreten; sie haben erklärt, überall, wo es einen Sozialdemokraten zu bekämpfen gibt — und in Sachen gibt es in jedem Wahlkreise einen zu bekämpfen — sich mit den übrigen Ordnungsparteien vereinigen und, falls es nicht anders geht, auf die Auffstellung eines eigenen Kandidaten verzichten zu wollen. Wenn eine Partei so spricht, hat sie natürlich das Bewußsein absoluter Ohnmacht und Aktionsunfähigkeit; und so machen sich denn die übrigen Ordnungsparteien, d. h. Konservative und grünliche Fortschrittler — mit andern Ordnungsparteien ist Sachen nicht



Beigelt aber geben wir — wir Gottlose sind doch bessere Menschen — den guten Rath, daß wenn er gerufen wird, eine Trauerzeremonie zu vollziehen, er sein Aedeorgan nicht weiter benutze, als wofür er bezahlt wird.

Als ein verbessertes Sozialistenkreuzer ist uns der Herr Diakonus übrigens längst bekannt; denn schon bei den Jünglingen, die mit Ostern aus der Schule treten, beginnt der Herr sein Latein. Auch Du willst so ein verfluchter Sozialdemokrat werden? lautet gewöhnlich seine Frage, auf welche ihm einmal ein Schüler ganz richtig mit der Antwort diente: „Das wollen wir erst sehen!“

Auch die christliche Nächstenliebe des Herrn Diakonus verdient einmal in ihrer vollen Glorie beleuchtet zu werden, ebenso die Art der Zinsvertheilung derjenigen Vermächtnisse, worüber er als Kommissar eingesetzt ist. Einmal kam eine arme, durchaus rechtschaffene Frau zu ihm, um sich einen Zinszuschuß zu erbitten, da war der Herr so gerührt, daß er ihr erklärte: „Liebe Frau, Sie arbeiten ja und können ja auch noch gut arbeiten, und Sie wollen sich auch in solcher Sippe rechnen?“ Daß aber diese Frau mit ihrer Hände Arbeit eine Familie nicht ernähren kann, kann so ein Priester, der nur von Gottes Wort lebt, nicht begreifen, dazu ist sein Gehirn zu schwach.

Ein zweiter Fall. Eine hochbejahrte Wittve, die schon seit Jahren den „Strengsthaler“ bekam, war bei der letzten Vertheilung nicht im Stande, persönlich bei dem Diakonus vorzusprechen und betraute daher eine ihr nahestehende Person, den Herrn Diakonus zu bitten, daß er ihr den Thaler durch diese Person überschreiben möchte. Die Antwort lautete: „Ja werde das Geld selbst bringen.“ Aber leider war noch nach sechs Wochen nichts von dem Diakonus zu sehen. Wie heißt es doch gleich? Wann die Noth am größten, ist Gott am nächsten, — aber nicht in Person des Herrn Diakonus!

**Florsheim, 12. August.** Kürzlich fand hier eine von den Handwerkeragitatoren Krieg aus Mannheim und Schmidt aus Karlsruhe (der dritte, Hedner aus Mannheim, erkrankte und ist bereits gestorben) einberufene Handwerkerversammlung statt, die indes nur schwach besucht war. Sofort bei der Einleitung seines Vortrages brachte Herr Krieg ein Hoch auf den Kaiser aus, in welches aber außer einigen Polizisten und Zeitungsportern Niemand einstimmt. Der Vortrag selbst war äußerst gehalten und fast wortgetreu, wie er in der Korrespondenz aus Konstanz geschildert wurde. Die Genossen Hahmann und Dittus verlangten das Wort, was ihnen jedoch vom Vorsitzenden verweigert wurde, da keine Debatte stattfinden sollte. Und so ging denn die Versammlung auseinander, ohne Debatte, ohne Resultat. Wenn es überall so geht, so können sich die Herren Junitschwärmer getrost schlafen legen.

**Hanau.** (Vaschamitisch.) Wir beginnen unsern Bericht mit dem bekannten Berliner Gastenbauer:

„Dieser Mann war Kutscher und hieß Neumann, Dieser Name sagt genug wohl schon. Außerdem bezog auch dieser Neumann Eine königliche Pen-sion.“

Und Neumann hieß er, oder heißt — Er! der Bascha von Hanau, der trotz seines harmlosen Namens doch ein sehr insolenter — nein! ein sehr intelligenter Mann ist, denn er rettet unsere gute, liebe Vaterstadt von der Pest der Sozialdemokratie.

Neumann ist nämlich hier am Orte wohlbestallter königlicher Polizeijnspektor und hat sich als solcher die Aufgabe gestellt, die Sozialdemokratie, wenn auch nicht aus der Welt, so doch wenigstens hier am Orte mit Stumpf und Stiel auszurotten. Der Herr Inspektor ist nicht der plumpe Haubegen, wie viele seiner Kollegen, im Gegentheil, er ist mehr Diplomat, er möchte gern in diplomatischer Weise der Sache beikommen. Nicht mit Kerker und Strang, nicht mit Pulver und Blei, auch nicht mit Rad und Galgen will er die Sozialdemokratie vernichten — der Herr Inspektor hat ganz andere Mittel und zwar solche, wie sie eines schlauen und klugen Kopfes würdig sind.

Die Prozedur ist folgende: Wir beabsichtigen irgend eine Frage öffentlich zu besprechen (deshalb wir immer nur solche Fragen auf die Tagesordnung setzen, die trotz Ausnahmestellung besprochen werden könnten, ist selbstverständlich), wir verschaffen uns eine geeignete Lokalität, wir zeigen der Behörde die Versammlung an, der Herr Inspektor gibt uns die Bescheinigung, die Plakate sind mindestens schon gedruckt, kurz, Alles ist im besten Gange — da! o heilige Hermandad! just im Augenblick, wo die Plakate angeschlagen werden sollen, kommt der Saalbesitzer und erklärt mit dem größten Bedauern, daß er seine Lokalitäten nicht geben könne, eine andere Gesellschaft habe lange vor uns den Saal beansprucht u. u. kurz und gut, wir bekommen den Saal nicht, wir haben Heiterkeit, Geldverlust und Unannehmlichkeiten, und obendrein kommen wir nicht zum Wort. So geht es und schon seit Jahren. Wir hatten die Herren Wirths förmlich auf dem Auge, doch — wie sehr wir unseren guten Gastwirthen auch jürnten, wir jürnten ihnen nicht mehr; sie sind unschuldig; der große Konfessionsstieber, der die besagten Katastrophen in Szene setzt, ist kein anderer als unser Freund Neumann, der königliche Inspektor.

Sobald nämlich dem Herrn Inspektor eine Versammlung angezeigt wurde, ließ derselbe den Wirth, wo die Versammlung abgehalten werden sollte, zu sich beschicken. Alsdann machte er ihm klar, daß solche Sachen nur schädlich für ihn sein könnten, daß er sich alle anständigen Gäste vertriebe, und daß ihm, wenn er nicht Ordre parire, die Konzeption entzogen werden könne. Der verblühte und erschrockene Wirth hatte alldann nichts Eiligeres zu thun, als uns gegenüber zu erklären, daß er den Saal nicht geben könne, und der edle Zweck war erreicht.

Dieses Spiel treibt Herr Neumann nun schon seit Jahren, ohne daß wir mit Bestimmtheit wüßten, welches die Ursache dieser Erscheinungen war, bis es Herr Neumann ein wenig zu toll trieb. Der Erfolg macht lähnen, — so erging es auch unserem Freunde.

Die nötige Erklärung gibt uns eine Affäre, welche der Gewerkschaft der Schneider passirte. Die Gewerkschaft wollte in ihrem Vereinslokal eine öffentliche Schneiderversammlung abhalten. Die Sache verlief wie gewöhnlich, die Versammlung wurde angezeigt, eine Bescheinigung ausgestellt, Alles präpariert, was dazu notwendig ist, doch es erging den Schneidern wie früher den Sozialdemokraten, — im letzten Augenblick schickte der Wirth eine briefliche Kündigung, die folgendenmaßen lautete:

Hanau, den 1. August 1884.

An den Vorstand

des Fachvereins der Schneider in Hanau!

Durch Verfügung des königlichen Landrathsamtes vom heutigen Tag muß ich Ihnen die Mittheilung machen, daß ich von heute ab nicht mehr in der Lage bin, Ihrem Verein resp. den Mitgliedern meine Lokalitäten zur Verfügung zu stellen.

Achtungsvoll

C. Gödel, Gastwirth zum goldenen Rad.

Eklatanter kann wohl der Beweis nicht geliefert werden, daß es Herr Neumann, unser Freund und Droschkenfutcher, gewesen, der bis dato alle Wirths eingeschüchtert und dieselben mit Konzeptionsentziehung bedroht hat.

Wem fällt nicht hier das schöne Gedicht ein vom Müller und Schornsteinfeger, wo man dem Müller in's Ohr raunte, daß der Schornsteinfeger mit seinem Schälgel heimliche Liebshast habe, und der Müller zur Antwort gab:

„Und wollt Ihr, daß ich's glaube, So gebt mir's Schwarz auf Weiß!“

Nun, auch die Zweifelsüchtigen unter uns haben es jetzt schwarz auf weiß, von welcher Seite her uns die Liebedienste erwiesen werden. Man sieht ja auf den ersten Blick, daß hier keine „landrätliche“, sondern eine polizeiliche Verfügung, diktiert von dem Droschkenfutcher Neumann, vorliegt. Und wenn der Gastwirth Gödel nur ein Tröpfchen männliches Blut hat, so kann und darf er sich einen derartigen Uebergriff nicht gefallen lassen.

Die Schneidergewerkschaft ist keine politische Partei, sie ist gegründet auf Grund des Koalitionsgesetzes und besteht zu Recht; und wenn sie eine öffentliche Schneiderversammlung in ihrem Vereinslokal abhalten will, so hat dies mit Politik nichts zu thun, es ist also ein Mißbrauch der Amtsbefugnisse, dessen sich der Herr Inspektor schuldig gemacht, und hiergegen muß protestirt werden.

Da wir gerade im Zuge sind, der heiligen Hermandad den Text zu lesen, so sei hier eines Umstandes gedacht, der tief in das Volkleben eingreift und zur Demoralisirung der guten Hanauer sein Möglichstes beibringt: wir meinen das Polizeispittelium, das sich jetzt in unserer geliebten Vaterstadt breit macht.

Früher hatte man von diesem Institute nichts gekannt, man hatte eine Anzahl öffentlicher Diener resp. Polizeidiener, welche für die Ordnung zu sorgen hatten. Niemand war ihnen deshalb gram; die Leute thaten ihre Pflicht und damit basta. Das Volk hielt sich in freundschaftlicher Beziehung kühl. Heute ist dies anders, heute knüpfen die öffentlichen Diener überall „Freundschaftsbündnisse“. Da ist hauptsächlich ein Burche, der das Handwerk meisterhaft versteht, mit dem Volke auf gutem Fuße zu leben; sein Name ist Bährmann, ein verborbener Schuster, der vorzog, königlich preussischer Polizeidiener zu werden. Allgemein ist dieser Burche als Spitzelchef bekannt, er hat die ausgedehntesten Bekanntschaften in gewissen Kreisen; da ist keine Hure und keine dralle Dienstmagd, mit der er nicht auf gutem Fuße stünde, gleichzeitig sind alle verbummelten und verkommenen Subjekte seine Duschbrüder, ebenso sind eine große Anzahl Kaufburche seine aufrichtigsten „Freunde“. Dieses Burche hat schon so viel Schrecken und Jammer in die Familien gebracht, daß er schon deswegen verdient, an den ersten besten Baum aufgehängt zu werden. Mit diesem Gefellen arbeitet unser Herr Inspektor Neumann an dem Untergang resp. an der Ausrottung der Sozialdemokraten. Ob es gelingen wird? Wer alt genug wird, kann's erleben. Ein Weilschen wird's aber wohl noch dauern, denn vorläufig hat der einfachste unserer Parteigenossen mehr Intelligenz im kleinen Finger als der Droschkenfutcher Neumann und Spitzelchef Bährmann zusammen im Kopfe.

P. P. Raingauer.

**Vom Rhein.** Ein Beitrag zur Agitation. Vor kurzem hielten die Genossen von Rheinland und Westphalen einen Parteitag in der Nähe einer größeren rheinischen Stadt ab, welcher von dem besten Geiste besetzt war.

Es waren aus 12 Wahlkreisen 18 Delegirte erschienen, welche, der Polizei ein Schnippschen schlagend, im kühlen Schatten grüner Eichen ihre Verhandlungen pflogen.

Nachdem von einem der Anwesenden ein ausführliches Referat über die bevorstehenden Wahlen erstattet war, ging man zur Diskussion über.

Es wurde allgemein bedauert, daß dieser Parteitag nicht ein halbes Jahr früher abgehalten worden sei. Es wäre in mancher Beziehung die Agitation sowohl wie die Organisation anders gehandhabt worden. Die Massenandabaturen wurden entschieden perurtheilt. Es wurde jedoch beschloffen, für die nächste Wahl, weil sie schon vor der Thür stehe und weil die Kandidaten schon überall aufgestellt, keine Abänderungen zu treffen.

Für die zukünftigen Wahlen aber seien so viel wie möglich alle Doppelkandidaturen zu vermeiden und soweit wie möglich für Lokalkandidaten einzutreten, um der Partei auf diese Weise neue Kräfte zuzuführen. Auch wurde etwas Positives geschaffen, indem die Genossen zweier Orte beauftragt wurden, einen Ausschuß zu wählen, welcher sich mit den Vertrauensmännern der Partei in Verbindung zu setzen hat, um die Agitation während der Wahl zu organisiren. Ferner wurde beschloffen, in allen Kreisen von unserer Partei Kandidaten aufzustellen. Zum Schluß wurde noch über die Parteiverhältnisse im Allgemeinen gesprochen. Von allen Orten hört man nur Erfreuliches, wenn es auch an manchen Orten mit viel schwerer Arbeit verknüpft sei.

Damit hatte denn der Parteitag sein Ende erreicht. Die Anwesenden gingen in die Stadt, wo sie sich bei einem Glas Bier noch kurze Zeit gemütlich unterhielten. Sie verabchiedeten sich mit dem Bewußtsein, für die Partei etwas Ersprießliches geleistet zu haben.

W. Kartell.

### An die Nordmänner in Deutschland.

Die Kopenhagener Nordmännergehilfen fordern eine Lohn-erhöhung von 25 Prozent. Sollten die Meister sich dem widersetzen, so wird am 15. September die Arbeit niedergelegt. Man bittet, den Bezug fernzuhalten.

Alle arbeiterfreundlichen Blätter sind um Abdruck dieser Mittheilung gebeten.

### Partei-Archiv.

Für das Partei-Archiv gingen weiter ein:

Von A. R.: „Die Reise in den Mond.“ 1. und 2. Theil.  
R. A., Salzstadt: Statuten der Allgemeinen Deutschen Affoziations-Buchdruckerei in Berlin.  
Mehrere Zeitungsnummern.

L. in London: A. Duyergor, Le parti socialiste belge.  
Dixième anniversaire de l'insurrection du 18 mars 1871.

M. in Genf: 1 Karol Marx, „Kapital.“ Bg. 1.  
1 „Walla Klau.“ Nr. 1 und 2.  
1 „Sprawodanie.“  
1 „Czytaj Cze!“  
1 Dre. A. Schaeffle, „Kwintessenzja socjalizmu.“  
1 „Janh Bruzda.“  
1 „Przedswit.“ Nr. 1-3.

R. A. Anklageschrift in der Anklagesache gegen Dr. phil. Albert Duff und Genossen wegen Vergehens wider die öffentliche Ordnung.

Mehrere Mahlaufträge zu württembergischen Wahlen.  
M. in Winterthur: 1 Protokollbuch der Internationalen Gewerkschaften der Schuhmacher in Dresden.

3 Flugblätter.  
Eine Anzahl Prozeßakten.

1 „Die Stellung der Handwerksgehilfen im Kampf um's Dasein.“

Um weitere Einwendungen ersucht

Die Archivverwaltung.

Wir ersuchen die Genossen, insbesondere die Vertrauensleute, dringend, uns bei Ausgabe von Flugblättern jedesmal zwei bis drei Exemplare zuzusenden. Auch die Flugblätter der Gegner bitten wir einzuschicken.

Wir suchen von folgenden Zeitungen Komplette Exemplare oder auch Einzelnummern:

„Waage“, „Sozialpolitische Blätter“ (1. und 2. Jahrgang), „Rundschau“, „Wähler“, „Agitator“, „Roths Fahne“, „Chemischer Kometen“, „Rufnachter“, „Laf-faltesche Wesentaschenzeitung“, alle Gewerkschaftsblätter und von den früheren Lokalblättern der Partei alle außer jenen, die in Berlin, Leipzig, Dresden, Stuttgart und Grimnitzhausen erschienen.

Die Archivverwaltung.

### Für London und England

abonnirt man auf

„Sozialdemokrat“ und „Neue Welt“

bei H. Kadow, 35 Charlotte Street, Fitzroy Square London W.

„Sozialdemokrat“ 2 Sh. „Neue Welt“ 2 Sh. 6 Pence pro Quartal frei ins Haus.

Ein Heft „Neue Welt-Kalender“ pro 1884 4 Pence pro Stück.

Alle sozialistische und andere Schriften auf Bestellung.

### Briefkasten

der Redaktion: Vogenschätze: „D. W.“ erhalten. Das Knäblein wollen wir uns kaufen. — K. G. in D.: Einleitung erhalten. Antwort in nächster Nummer. — H. W. Fabian in New York: Auch Ihnen soll in nächster Nummer Antwort werden.

der Expedition: Cfd.: Nachricht vom 24/8. hier. Warum kein Bescheid über Weiteres? — Weilschen: Besorg. Wänchen aber auch Greisbareres. — Joroaster: Hat V. M. Edg. erh. und gutbefunden? — W. D. London: Bld. Bg. 4 — re. hat Bhd. Bg. erh. „S.“ quittirt nur Eigene. Bllg. folgt. Anfrage Bld. beants. — Jov.: Kuffschlüsse über Schf. und direct. Bld. fort. „Vorwärts“ zunächst nur in erster Bg. verhandelt. — Kf.: Für Weit. geforgt. — Stbg.: Kl. 70 Abon. Juni und Juli und Kl. 38 35 alter Rest v. D. gebucht. Bld. Weit. — D. Kfische New York: Fr. 101 25 (Doll. 20 —) erh. Abon. u. Bf. vom 9. ds. gebucht. B. belastet. Reuters u. nach Wunsch besgt. — Spbg.: B. Bf. vom 22/8. erh. u. beants. Alles geordnet. Prog. schon unterwegs. Weit. hoffentlich jetzt dort. — Fidelehaube: Dtr. Annonce R. betrifft nur die Schweiz. — Ein Rother St.: Kl. 4 30 Abon. 1. August bis Ende Okt. f. d. Reuen erh. — D. Bjo. Winterthur: Fr. 1 30 pr. Bld. Bld. gutgeb. — E. L. Kfg.: Kl. 4 30 Ab. 3. Du. erh. — B. I. VI.: Kl. 200 — lt. Avis gutgeb. Bllg. kommt. — Hering: Jetzt kapirt. St. kommt mit 35. Hierher wird er kaum gebracht werden. — T. v. R.: Kl. 72 — Ab. 2. Du. erh. Bf. v. 23. v. R. wurde sofort, ebenso aber Bg. v. 20/5. unter ganz ausbrüchlicher Reklamation für unbillig gekürzt beants. — Winterthur: Fr. 10 — f. d. streikenden Crimmitschauer Bld. erh. und besorgt. — Dtsch. Ver. Bevey: Fr. 8 — pr. Bld. Bld. erh. — Roland: Kl. 50 — a. Cto. Ab. geordnet und notirt. Prompteste Nachrichten nunmehr unerlässlich! — Stillberggrüt: Kl. 100 — a. Cto. Ab. erh. Bllg. folgt. Ab. abgelöst. — L. R. Hlde.: Kl. 4 30 Ab. 3. Du. erh. — J. G. Kfg.: Kl. 8 60 Ab. 3. u. 4. Du. erh. — Rothbart: Kl. 100 — a. Cto. Ab. re. und Archivalien Bld. erh. Weit. wird besorgt. — Feuerländer: Kl. 50 — f. Schf. erh. Kf. hier. Ab. notirt. Bllg. fort. — Son 5 Hottinger Kofhen: Fr. 5 — pr. Ufd. Bld. erh. — Paris: Fr. 16 — von den deutschen Genossen gesammelt f. d. Crimmitschauer Streikenden Bld. erh. und besorgt. — B. D. Meyer: Fr. 5 — Ab. 3. u. 4. Du. erh. — Simson: Kl. 150 — a. Cto. Ab. 3. erh. Bf. erw. — Clausus: Ab. notirt. Beilage abgegeben. Bld. Weit. — Unverzagt G.: Mehrbestellung notirt. Auszug am 26/8 abgegangen Juli in 32 quittirt. Druckfehler (Juni statt Juli) und Namensweglassung dem Sekretär zu belasten. — Rathilde: Bld. demnachrichtigt durch Freundeshand. Schlußstückendes Mittel Bld. empfohlen. Beides am 26/8. — h.: Pr. April sind 90. pr. Mai u. Juni 85 Expl. fest bestellt, daher Kl. 10 50 mehr zu zahlen. Kl. 32 20 B. gutgeb. Weiteres erwartend. — Dreifuh in L.: Kl. 58 40 pr. Ab. 3. Du. u. Schf. erh. Bg. ist mit Kl. 12 60 gutgeb. Erwartetes war unterwegs. Ab. vorgehen v. D. W. R.: Kl. 3 20 Ab. Rest 3. Du. erh. — K. G. G.: Kl. 1 — Ab. Sept. erh. — Korgenroth R.: Bllg. an x fort. Weiteres beachtet. Bld. am 26/8. betr. Bld. — b-dr. Meh.: Bf. erh. Innere Ab. weglassen. Das Andere unterwegs. Grüße!

### Anzeigen.

#### Bastiat-Schulze!

Schon längst wurde von Seiten der Parteigenossen die Neubeschaffung von in Deutschland vergriffenen Schriften

**Ferdinand Lassalle's**

angestrebt. Wir sind nunmehr in der Lage, das wichtigste, seit 1878 vollständig aus dem Vertriebe verschwundene Lassalle'sche Buch:

**Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch,**

der ökonomische Julian,

oder

Kapital und Arbeit

neu zu offeriren. Preis im Buchhandel 1 Mk. = Fr. 1.25. Für Parteigenossen, welche Partien zum Wiederverkauf beziehen, erheblich billiger.

Bestellungen wolle man entweder an uns direkt oder an eine der bekannten Vertrauensadressen in Deutschland, an letztere per eingeschriebenen Brief, richten.

Expedition des Sozialdemokrat. Volksbuchhandlung.

Hottingen-Zürich.

#### Billige Schriften.

Der Unterzeichnete wünscht sein fast vollständiges Lager sozialistischer Schriften in deutscher und englischer Sprache zum Kostenpreis (Zürich) zu verkaufen. Einzelne oder im Ganzen. Personen oder Sektionen, welche darauf reflektiren, wollen sich wenden an

[2.00] Herrmann Rische, 548, 9. Ave, New York City.

Durch die Volksbuchhandlung, sowie die Expedition des Sozialdemokrat in Hottingen-Zürich sind zu beziehen:

**DRITTE AUFLAGE.**

#### Die Frau

in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.

Von

H. Siebel.

Preis: Bei Bezug von mindestens 5 Exemplaren Mk. 1.50 (Fr. 1.90) Einzelne Mk. 2.— (Fr. 2.50).

Im Verlage der Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich ist soeben erschienen und durch Unterzeichnete zu beziehen:

#### Vorwärts!

Eine Sammlung von Gedichten für das arbeitende Volk. Heft 1.

Vollständigste Gedichtsammlung sozialdemokratischer Tendenzen. Enthaltend die besten revolutionären Gedichte von Ferd. Freiligrath, Herwegh, Heine, Hecker, Werich, der deutschen, französischen und englischen Arbeiterdichter und vieler Andern.

#### Vorwärts!

Erscheint in fünf Lieferungen à 50 Cts. = 40 Bg.

Porto extra!

Der letzten Lieferung werden außer einem vollständigen Inhaltsverzeichnis kurze biographische Notizen über alle in dieser Gedichtsammlung genannten Dichter bringen.

Bei Partienbezug hoher Rabatt.

Expedition des „Sozialdemokrat“

und

Volksbuchhandlung Hottingen-Zürich.

Schweizerische Genossenschafts-Verlagsanstalt Hottingen-Zürich.